

Verschmähte und umworbene Bauern

Die Stiefelwürfe einiger Westschweizer Bauern anlässlich der Bergkäse-Olympiade im jurassischen Saignelégier vom 23. Oktober hallten in dieser Woche medial nach. Auch in der hohen Politik war die Aktion ein Thema.

So äusserte sich beispielsweise CVP-Präsident Christophe Darbellay zum Vorfall. Er zeigte sich ob dem Angriff auf seine Parteikollegin und Bundesrätin Doris Leuthard empört und forderte die Bauernorganisationen – allen voran den Bauernverband – auf, sich vor derartigen Auswüchsen zu distanzieren. Er drohte den Bauern, die beschlossene Bundeshilfe über 28 Millionen Franken für Entlastungsmassnahmen im Milchmarkt könnte rückgängig gemacht werden, wenn die Produzenten das Geld nicht wollten.

Die Sorgen der Bauern

Die Stiefelwürfe sind eine unglückliche Aktion gewesen; am falschen Ort und zur falschen Zeit. Trotzdem müsste Christophe Darbellay als ehemaliger Geschäftsführer der Westschweizer Bauernorganisation Agora und späterer Vizedirektor im Bundesamt für Landwirtschaft die Nöte und Sorgen der Bauern kennen. Vielen Betrieben steht das Wasser bis zum Hals und sie verlangen nun endlich Taten statt Worte, mit denen sich niemand etwas kaufen kann. Und da hat Bundesrätin Leuthard eine Mitverantwortung zu tragen. Mit ihrer liberalen Haltung im Agrarbereich trägt sie keineswegs dazu bei, Vertrauen zu schaffen und Perspektiven aufzuzeigen. Ein WTO-Abschluss und ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU stehen bei ihr zuoberst auf der Traktandenliste. Sie verspricht sich von diesen beiden Abkommen positive Auswirkungen für die Wirtschaft. Sogar die Landwirtschaft soll profitieren. Denn schliesslich müssten jedes Jahr 75 Millionen mehr Menschen ernährt werden, sagte sie in der NZZ am Sonntag (Seite 17). Ob diese ausgerechnet Schweizer Highend-Produkte nachfragen, sei dahingestellt.

Interessen der Wirtschaft

Bei der politischen Diskussion über die künftige Ausrichtung der Schweizer Landwirtschaft zeigen sich nicht zum ersten Mal die Mängel des helvetischen Systems. Wohl in keinem anderen Industrieland ist die Wirtschaft und Landwirtschaft in einem Ministerium vereinigt. Anders bei uns: Im Bundesrat muss

Frau Leuthard als Agrar- und Wirtschaftsministerin in Personalunion auftreten. Ob so die Interessen der Landwirtschaft in der Regierung genügend vertreten sind, ist fraglich. Und dass bei dieser Konstellation divergierende Interessen aufeinanderprallen, leuchtet ein. Auch klar ist, wer im Volkswirtschaftsdepartement Druck auf die Agenda macht: das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco. Dieses sagt, wo es langgeht und wie die Schweizer Wirtschaftspolitik definiert wird. Die Anliegen der Landwirtschaft spielen eine Nebenrolle. Der Einfluss des Bundesamtes für Landwirtschaft bei der Festlegung der allgemeinen Wirtschaftsziele dürfte eher klein sein. Ein WTO-Abkommen dient der Wirtschaft. Von einem Agrarfreihandelsabkommen profitieren dagegen nur wenige Bereiche. Aber mit dem Verschieben der Landwirtschaft können andere Wirtschaftszweige vom eigenen Reformbedarf ablenken. Wie nur können diese Kreise immer wieder verlangen, dass die Lebensmittelpreise auf EU-Niveau sinken sollen, während das hohe Preisniveau beispielsweise für Medikamente und Dienstleistungen mit allen Mitteln verteidigt wird? Bereiche der Wirtschaft verlangen von anderen das, wozu sie selber nicht bereit ist.

Begehrte Bauern

Die Bedeutung der Landwirtschaft wird oft klein geredet. Und manch einer wäre nicht unglücklich, wenn der Agrarbereich entstaatlicht und sich selber überlassen würde. Wenn da eines nicht wäre: Die Bauern sind treue Staatsdiener und eine wichtige Wählergruppe, mit der es sich keine Partei verderben will. Bereits zwei Jahre vor den nächsten eidgenössischen Wahlen geht das Buhlen um die Stimmen der Bauern los.

■ lid, Jürg Spahr, 09. November 2009